



*Wien 2030 –
Partizipation und nach-
haltige Lebensstile*

*Nachhaltige Bioenergie-Produktion – Workshop
EU-Auszeichnung für das Programm PUMA
S 1 Wiener Außenring Schnellstraße*



Dr. Andrea Schnattinger
Wiener Umweltschützerin

Nachhaltigkeit und Partizipation

Dies ist die dritte Ausgabe der Umweltstadt zum Thema „Wien im Jahr 2030“. Mit dem Workshop zum Thema „Partizipation und nachhaltige Lebensstile“ haben diese Arbeiten der WUA einen vorläufigen Abschluss gefunden. Die Ergebnisse des gesamten Prozesses werden in Form von verfeinerten und weiterentwickelten Vorschlägen und Stellungnahmen in die diversen großen Prozesse der Stadt einfließen. Das sind Dokumente wie der Stadtentwicklungsplan, der Masterplan Verkehr, Arbeiten zur Anpassung an den Klimawandel, der Renewable Energy Plan und viele mehr. Alle diese Pläne haben bis jetzt in erster Linie hohes Expertenwissen mit bestimmten Beteiligungselementen verbunden. Mit diesem Schwerpunkt gehen wir der Frage nach, wie Menschen für mehr

Nachhaltigkeit in der Stadt gewonnen werden können und wie Wien dadurch krisenfester (resilienter) werden kann. Rahmenbedingungen müssen stimmen, können lenken, geben Impulse. Manche Änderungen werden aber einen bewussten Beteiligungsprozess und zusätzliche Formen der Partizipation benötigen. Die WUA hat in vielen Partizipationsprozessen mitgearbeitet und stellt Informationen auf vielen Wegen zur Verfügung um mündigen BürgerInnen Entscheidungsprozesse in Richtung Nachhaltigkeit zu ermöglichen. In diesem Sinn freut es uns besonders, dass wir mit der Facebook-Seite der WUA auch einen zusätzlichen LeserInnenkreis ansprechen konnten.

Themenwechsel: Leider laufen sogar gesetzlich vorgesehene Informationen nicht immer in geordneten Schienen. Bei der UVP für die S 1 wurden der WUA die

Unterlagen entgegen den Intentionen des UVP-Gesetzes vom Infrastrukturministerium faktisch erst zur öffentlichen Auflage übermittelt. Offensichtlich ist nicht allen Institutionen unabhängige Arbeit im Sinne von Umwelt, Naturschutz und Nachhaltigkeit willkommen. In einem südlichen Bundesland wurde sogar die Abschaffung aller „Unabhängigen“ verlangt, wogegen sich alle UmweltschützerInnen gemeinsam gewehrt haben.

Wir wollen daher unseren PartnerInnen aus NGOs und Wissenschaft, Verwaltung und Politik besonders danken, die in unseren Workshops mitgearbeitet haben und sich mit uns für Umweltziele einsetzen!

Eine interessante Lesezeit und ein gutes gemeinsames Jahr 2012 wünscht

Ihre Wiener Umweltschützerin



Nachhaltige Bioenergie-Produktion im Spannungsfeld zwischen Peak oil und Peak soil

Die LandesumweltschützerInnen haben gemeinsam mit dem Umweltbundesamt am 28. November im Wiener Rathaus zu einem Fach-Workshop zum Thema „Nachhaltige Bioenergieerzeugung in Österreich“ eingeladen. Ziel war es, mit einem breiten und hochkarätigen ExpertInnen-Pool von über 50 Gästen darüber zu diskutieren, welche Weichenstellungen nötig sind, um trotz zunehmenden Drucks auf die Fläche, vorhandene Bioenergiepotentiale NACHHALTIG zu nutzen.

Österreich ist gemäß der EU-Richtlinie 2009/28/EG dazu verpflichtet, bis 2020 den Anteil erneuerbarer Energien am Bruttoendenergieverbrauch von 29,3 % im Jahr 2009 auf 34 % anzuheben. Laut „Nationalem Aktionsplan 2010 für Erneuerbare Energien“ soll dieses Ziel unter anderem

durch einen Ausbau der österreichischen Bioenergieerzeugung von 176,4 PJ im Jahr 2005 auf 208-272 PJ im Jahr 2020 erreicht werden. Diese Entwicklung soll mit einer Ausweitung der heimischen Ackerfläche für den Energiepflanzenanbau von derzeit 90.000 auf bis zu 230.000 Hektar einhergehen. Das wären immerhin 17 % der derzeitigen, weiter im Sinken begriffenen, österreichischen Ackerfläche.

Gleichzeitig machen globale Trends wie eine drohende Verknappung von Erdöl sowie fruchtbarem Boden für die Lebensmittelproduktion eine weitere deutliche Erhöhung von Energie- und Lebensmittelpreisen sehr wahrscheinlich.

Bioenergie und Naturschutz

Dies wird insgesamt den Nutzungsdruck auf die Flächen der österreichischen Landwirtschaft erhöhen. Zwischen 2005 und 2009 haben die Brachflächen in der Landwirtschaft, welche wichtige ökologische Rückzugsgebiete und Trittsteinbiotop darstellen, bereits um 53 % abgenommen. Andere Risiken sind eine Monotonisierung der Landschaft, z. B. durch einen regional stark erhöhten Maisanbau. Ei-

ne Reduktion des Totholzanteils im Wald hat negative Folgen auf die Artenvielfalt.

Um gezielter jene Bioenergieerzeugnisse zu forcieren, welche am flächen- und energieeffizientesten sind und zugleich Klimaschutz, Artenvielfalt und sozialethische Aspekte ausreichend berücksichtigen, wurde auch die österreichische Förderpolitik thematisiert. Dabei zeigte sich, dass im Bereich der Bioenergieerzeugung viele Synergien mit dem Naturschutz möglich sind und verstärkt werden könnten. Insbesondere im Bereich der Biogasproduktion ist durch integrierte Fruchtfolgen systeme ein relevantes Ausbaupotential vorhanden, ohne die Lebensmittelproduktion zu konkurrieren.

Die Ergebnisse der intensiven Diskussion werden von den LandesumweltschützerInnen, unter Koordination der WUA, in ein Positionspapier verarbeitet, welches 2012 gemeinsam präsentiert werden soll.

Vorträge und nähere Informationen zum Workshop finden sich unter http://www.umweltbundesamt.at/workshop_bioenergie2011



EU-Auszeichnung für das Programm PUMA

PUMA erhielt ein „Best Practice Zertifikat“ im Rahmen der EPSA 2011. Die EPSA-Auszeichnung wird vom Europäischen Institut für Öffentliche Verwaltung (EIPA) vergeben und honoriert besonders innovative und beispielgebende Initiativen auf Verwaltungsebene. „Diese Auszeichnung ist ein Erfolg aller an PUMA Mitwirkenden und stärkt das Image des Programms PUMA“, so Mag. Dominik Schreiber.

Das EPSA-Zertifikat wurde im Rahmen des PUMA-Forums am 22. November 2011, im Beisein von Herrn Magistratsdirektor Dr. Erich Hechtner sowie der Klimaschutzkoordinatorin der Stadt Wien, Frau DDr. Christine Fohler-Norek, präsentiert.

PUMA macht die Wiener Stadtverwaltung umweltfreundlicher

Im vergangenen Jahr wurden wieder mehrere Umweltmaßnahmen gesetzt, wie beispielsweise:

- Reduktion von Farb-Abfällen im Druckerei-Bereich der REPRO um 50 %,
- Austausch von Kugelleuchten (80 Watt Quecksilber Leuchtmittel) in Park- und Grünanlagen auf energiesparende, Insekten schonende Leuchtmittel und energieoptimierte Leuchten,
- Tausch von Glühlampen auf Energie sparende LEDs,
- Errichtung von Solarstromanlagen auf Schulen und anderen Gebäuden,
- Test ökologischer Materialien für die Garten- und Landwirtschaft,

- Einstellung der Drucker auf geringeren Tinten- und Tonerverbrauch,
- Anschaffung von E-Fahrrädern als Ersatz für Autofahrten

PUMA im Internet: www.wien.gv.at/umwelt/puma

Magistratsdirektor Dr. Erich Hechtner gratuliert PUMA-Programmleiter Mag. Dominik Schreiber (v.r.) zur EPSA-Auszeichnung 



Kleinwindkraftanlagen in der Stadt?

In nachhaltigen Energiesystemen ist die Nutzung von Windkraft nicht mehr wegzudenken. Windkraftanlagen werden mit der kostenlosen, erneuerbaren Energiequelle Wind betrieben – dadurch leisten sie einen Beitrag zur Reduktion des Treibhausgasausstoßes bei der Stromproduktion. Im städtischen Bereich, wo der verfügbare Platz beschränkt ist, könnten Kleinwindkraftanlagen aber nur unter ganz speziellen Voraussetzungen eine Möglichkeit für die Windenergienutzung darstellen.

Was ist klein?

Die Dimensionen von Kleinwindkraftanlagen sind nicht eindeutig definiert. In Österreich gibt es bundesländerspezifische Unterschiede. Als Richtwert für Kleinwindkraftanlagen wird oft eine Leistung von zehn Kilowatt als Obergrenze herangezogen – unter einem Kilowatt Leistung spricht man auch von Kleinstanlagen oder Mikroanlagen.

Stand der technischen Entwicklung

Im Gegensatz zu großen Windkraftanlagen, bei denen technisch ausgereifte Horizontalachsrotoren zum Einsatz kommen, werden bei Kleinwindkraftanlagen unter-

schiedlichste Konstruktionen angeboten. Die Anlagen sind von unterschiedlicher Qualität – Standards und Zertifizierungen fehlen. Hinsichtlich der Bauweise unterscheidet man zwischen Horizontal- und Vertikalachsrotoren. Die bei Großwindkraftanlagen kaum eingesetzten Vertikalachsrotoren bieten für den Einsatz im bebauten Gebiet einige Vorteile, wenngleich die Leistung geringer ist als bei Horizontalanlagen. Da Vertikalachsturbinen windrichtungsunabhängig arbeiten, ist keine Windnachführung notwendig. Außerdem können die im bebauten Gebiet auftretenden Verwirbelungseffekte besser ausgeglichen werden.

Die Geräuschentwicklung und der fluktuierende Schattenwurf der Rotoren sind im bewohnten Gebiet von großer Bedeutung. Zu berücksichtigen sind außerdem der Einfluss auf das Ortsbild und mögliche Beeinträchtigungen der Vogelwelt.

Wirtschaftliches Potenzial

Typische Standorte für Kleinwindkraftanlagen, die sich im bebauten Gebiet befinden, liegen im turbulenten Strömungsbereich des Windes, wo deutlich weniger Volllaststunden erreicht werden können als an üblichen Standorten großer Windkraftanlagen. Zudem ist die Effizienz kleiner Anlagen im Vergleich mit der von großen wesentlich geringer und bezüg-

lich Wartungsaufwand und Lebensdauer gibt es hier noch wenig Erfahrung. Durch die zur Zeit noch hohen Investitionskosten sind kleine Windkraftanlagen bisher meist nicht wirtschaftlich betreibbar und daher eher für die autarke Versorgung von Einzellagen interessant.

Kriterien für städtische Kleinwindkraftanlagen

Der städtische Bereich ist von vielfältigen Ansprüchen gekennzeichnet, die auf beschränktem Raum erfüllt werden sollen. Um die Lebensqualität der BewohnerInnen nicht zu beeinträchtigen, ist bei der Installation neuer Technologien entsprechende Vorsicht geboten.

Aus Sicht der Stadtgestaltung sind Kleinwindkraftanlagen als integrativer Bestandteil eines Gebäudekonzeptes durchaus vorstellbar, eine nachträgliche „Pflanzung“ einzelner Windräder auf Häusern als „grünes Mäntelchen“ des Bauwerkes ist meist problematisch.

Selbstverständlich dürfen keinesfalls Wohnbereiche durch Emissionen oder Schattenwurf beeinträchtigt werden und auch Erholungsräume sind von derartigen Anlagen frei zu halten. Im Freiraum sind auch die Interessen des Naturschutzes zu berücksichtigen, vor allem der Einfluss auf die Vogelwelt muss durch ein ornithologisches Gutachten geklärt werden. 

Auch Wien wird in den nächsten Jahrzehnten von den weltweit zu erwartenden Verknappungen von Lebensmitteln, Energie und Rohstoffen und entsprechenden Preissteigerungen betroffen sein.

Lebensstile mit einem geringeren Ressourcenverbrauch sind notwendig. Nur so können – im Sinne der Nachhaltigkeit – die Auswirkungen zukünftiger Krisensituationen gemildert werden.

Auf einem Planeten mit begrenztem Flächen- und Ressourcenangebot treibt unser auf stetiges Wachstum ausgerichtetes, neoliberales Wirtschaftssystem die ebenfalls wachsende Weltbevölkerung zunehmend an unumstößliche Grenzen. In naher Zukunft werden wir an einem Wendepunkt angelangt sein, der uns zu einem entscheidenden Paradigmenwechsel zwingt und die Entwicklung neuer Wirtschaftsweisen und Lebensstile dringend erforderlich macht.

Acht Gründe für einen zwingenden Änderungsbedarf des aktuellen Wirtschaftssystems und des westlichen Lebensstils

1. Die **Weltbevölkerung wächst** laut UNO bis 2050 auf 9,3 Milliarden Menschen.
2. 2007 kamen 80 % des weltweit geförderten Rohöls aus insgesamt 580 mehr oder weniger stark „schrumpfenden“ Post-Peak-Feldern, nur 20 % aus 200 Feldern mit Produktionszunahme. **Peak oil** rückt näher.
3. **Peak soil**: Der Anteil der sehr trockenen Gebiete an der globalen Landoberfläche hat sich von 1980 bis 2000 von ca. 10 auf ca. 30 % erhöht.
4. Seit 1985 sinkt die Weltgetreideproduktion pro Kopf.
5. Der weltweite (flächenintensive) Fleischkonsum ist von 1961 bis heute von 71 Millionen auf 284 Millionen Tonnen gestiegen. Etwa 35 % der Getreidewelternte (und 60 % der EU-Getreideernte) wird derzeit an Nutztiere verfüttert.

6. Fruchtbarer Boden geht auf der Erde zur Zeit 10 bis 20 Mal schneller verloren, als er sich regeneriert (jährlich etwa die doppelte Fläche Österreichs).
7. Die Anzahl der chronisch unterernährten Bevölkerung auf der Erde stieg vom Jahr 2000 bis 2011 von 850 Millionen auf über eine Milliarde Menschen an.
8. 50 % des jährlichen, globalen Vermögenszuwachses landen bei 0,1 % der Weltbevölkerung.

Was kann Wien nun als Weltstadt zu einem solchen Paradigmenwechsel beitragen, dabei zugleich die eigene Krisenfestigkeit (Resilienz) erhöhen und nachhaltige Lebensstile fördern? Die letzten beiden Ausgaben der Umweltstadt waren den Zukunftsideen für Wien zu den Themenfeldern Stadtplanung, Verkehr, Naturschutz sowie Energie, Bauen und Wohnen gewidmet. Diese Ausgabe stellt dar, wie BürgerInnen für diese Zukunftsideen zu gewinnen sind und solche Veränderungsprozesse mittragen und mitgestalten. Darüber hinaus werden noch die zwei wesentlichen Themenbereiche Ernährung und Umweltbildung betrachtet, in denen die Stadt Wien wichtige Maßnahmen setzen kann, um ressourcenarme und umweltschonende Lebensstile in Wien zu fördern.

Welche Motive können eine Gesellschaft dazu bewegen, sich auf eine nachhaltige Lebensweise einzulassen?

Solange wir nicht selbst unmittelbar von wirtschaftlichen Einschränkungen und Katastrophen betroffen sind, bleiben die Informationen und Bilder über Ressourcenverknappung, Folgen des Klimawandels, soziale Ausbeutung in der dritten Welt, Hunger und Naturkatastrophen oftmals zu abstrakt und zu wenig greifbar.

Drei mögliche Antworten, wie Menschen zu entscheidenden Verhaltensänderungen motivierbar sind, machen auch zugleich Wege dahin deutlich.

- Entscheidende Verhaltensänderungen sind dann möglich, wenn sie als Vorsorge gegenüber einem – als reale Bedrohung empfundenen – Krisen-Szenario gesehen werden. Dadurch will man

die eigene Lebensqualität schützen und trotz einer schwierigen Ausgangslage erhalten.

- Der zweite Aspekt ist, dass Veränderungen dann akzeptiert werden, wenn sie einen Vorteil bringen und die Lebensqualität verbessern. Dieser Mehrwert muss nicht immer materieller Natur sein.
- Welches sind die eigentlichen Indikatoren für Glück, Zufriedenheit und emotionale Ausgeglichenheit? „Wohlbefinden“ hängt nach Sicherung wichtiger Grundbedürfnisse nicht vom Wohlstand ab. Neue Antworten darauf können Motivation sein, den Lebensstil zu ändern.

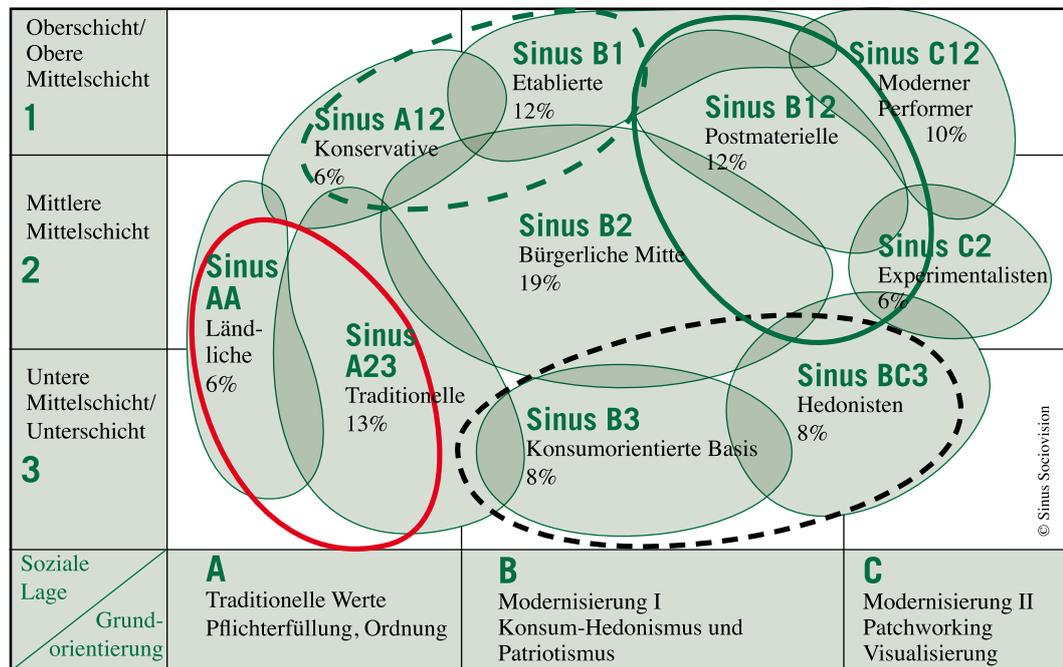
Eine wichtige Funktion kommt hier dem Engagement einer kritischen Zivilgesellschaft zu, die sich aktiv für eine nachhaltige Entwicklung ihrer (Um)Welt einsetzt. Politische Maßnahmen, welche positiven Einfluss auf die Lebensstile der Bevölkerung nehmen sollen, können daher nur gemeinsam mit allen Bevölkerungsgruppen entwickelt werden. Denn nur diese Gruppen kennen ihre Bedürfnisse, Lebensziele und konkrete Hemmnisse auf dem Weg zu einer nachhaltigen Lebensqualität.

Deshalb sind wir auch der Frage nachgegangen, in welcher Form die Bevölkerung mitwirken kann, gemeinsam mit der Stadtverwaltung eine Vision für ein krisenfestes Wien zu entwickeln, in dem auch unter veränderten globalen Rahmenbedingungen die hohe Lebensqualität erhalten bleibt. Zu diesem Themenkomplex diskutierten wir im Juni dieses Jahres mit ExpertInnen „Wien 2030 – Partizipation und nachhaltige Lebensstile“.

Methodisch wurde ein soziologisches Impulsreferat (Jens Dangschat TU Wien) der Diskussion vorangestellt. Nach der Analyse welche gesellschaftlichen Milieus in Wien welche Lebensstile pflegen, wurde die Frage wie diese unter Einbindung der Betroffenen zu einer nachhaltigeren Lebensführung hin weiterentwickelt werden könnten diskutiert. Die Vorschläge der WUA wurden von ExpertInnen kritisch kommentiert und ergänzt. Daraus sind folgende Entwürfe für Wien 2030 entstanden.

Diese Grafik von Univ.-Prof. Jens Dangschat aus unserem Workshop vom Juni 2011 zeigt den Versuch der Soziologie, eine moderne, urbane Gesellschaft je nach ihrem Konsumverhalten und ihren Wertvorstellungen in unterschiedliche Gruppen/Milieus zu gliedern. Während das postmaterielle Milieu am ehesten die an Umweltschutz und Partizipationsprozessen interessierten Personen umfasst, sind die eher ländlich und traditionell ausgerichteten Milieus in Wirklichkeit jene, welche in der Praxis am umwelt-schonendsten leben. Konsumorientierte Milieus und Hedonisten sind besonders schwer für Partizipation und Umweltthemen zu interessieren

Der Milieu-Ansatz



Partizipation 2030

Partizipation wird 2030 nicht mehr nur anlassbezogen praktiziert, sondern es existieren kontinuierliche Strukturen der Bürgerbeteiligung. Diese sind so flexibel, dass sie auf den individuellen Fall zugeschnitten werden können. Durch die Institutionalisierung von Partizipation ist im Laufe der Jahre eine neue Partizipationskultur entstanden, welche die Prozessqualität gegenüber heute maßgeblich verbessert hat. Zum einen gibt es eine fundierte Erfahrung der Verwaltung mit Bürgerbeteiligungen verschiedenster Ausprägung, welche zu einer befriedigenden Zielgruppensensibilität und einer von Beginn an klaren Definition und Kommunikation der bestehenden Entscheidungsspielräume geführt hat. Zum anderen hat die Bevölkerung selbst die Spielregeln einer professionellen Partizipation internalisiert und nimmt die bestehenden Mitbestimmungsrechte selbstverständlich und milieübergreifend wahr. Die Politik anerkennt somit die Zivilgesellschaft als mitgestaltende Partnerin. Entscheidungen werden in einer nachhaltigen Perspektive über einzelne Wahlperioden hinaus getroffen.

Neue Medien wie das Web 2.0, bzw. Social Media wie Wiki, YouTube, Facebook, etc. erleichtern die soziale Vernetzung und eröffnen auch neue Formen und Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung. Auch die Medienarbeit der Stadt ist stark auf Partizipation und die hierfür nötige Information der Bevölkerung ausgerichtet.

Gelebte Partizipation auf Verwaltungsebene

In der Zusammenarbeit der verschiedenen Verwaltungs- und Planungsabteilungen hat sich die Kultur der Partizipation weiter entwickelt. Planungsprozesse werden gegenüber allen kompetenten Fachdienststellen von Beginn an transparent – mit der Möglichkeit der aktiven Mitsprache und Einflussnahme – abgewickelt. Es hat sich eine magistratsinterne Kommunikations- und Konfliktkultur entwickelt, bei der fachliche Kompetenz alle Fakten auf den Tisch legt. Über themenbezogene (Diskussions)plattformen wird das geballte Wissen unterschiedlicher Dienststellen gebündelt und allen TeilnehmerInnen eine dienststellen- und fachübergreifende Zusammenschau der spezifischen Heraus- und Anforderungen ermöglicht. Auch auf der Plattform „wien.team“ können wichtige Projekte der Stadt Wien intern diskutiert und kommentiert werden.

Partizipation auf Expertenebene durch Open-Source-Projekte

Die Stadt Wien entwickelt ihre Pläne und Programme (wie das Klimaschutz-

programm, den Masterplan Verkehr, den Stadtentwicklungsplan) weitgehend softwareunterstützt mit der Unterlegung von Realdaten. Diese Software wird für externe ExpertInnen nach dem „Open-Source“-Prinzip zugänglich gemacht und kann interaktiv um Ideen, Planungsvorschläge und Datenmaterialien ergänzt werden. Dadurch kann einerseits die Stadt Wien bei der Entwicklung von Plänen und Programmen kostenlos auf eine breitere Datenbasis und auf die Kreativität und das Know-How von externen ExpertInnen zugreifen. Andererseits können Externe von der zur Verfügung stehenden Datenbasis und dem Expertenwissen aus der Wiener Stadtverwaltung bei eigenen Projekten profitieren.



© MA 49-Lammerhuber



Die Forschungsdatenbank der Stadt Wien ist für Externe geöffnet und extern finanzierte Forschungsprojekte, die Wien betreffen, können inklusive Ergebnisberichten in die Datenbank eingetragen werden. Dadurch werden Mehrfachuntersuchungen verhindert und die Stadtverwaltung bekommt ohne eigenen Aufwand Zugriff auf Wiener Daten, die von externen Stellen erstellt bzw. beauftragt wurden.

Das Wiener Umweltinformationssystem (WUIS) ist weitgehend mit Daten hinterlegt, welche für ExpertInnen über eine Registrierung einsehbar sind. Forschungseinrichtungen und private Planungsbüros können dort selbst generierte Daten eintragen und mit Daten der Stadt Wien vernetzen.

Teilweise wird auch die Bevölkerung nach dem Open-Source-Prinzip bei der Entwicklung von Plänen und Programmen eingebunden. Dabei geöffnete Entscheidungsspielräume werden klar kommuniziert.

Partizipationsprozesse bei der Stadtgestaltung

Bei Großprojekten, wie der Umgestaltung oder Entwicklung von Stadtquartieren, werden VertreterInnen potentieller Zielgruppen, in die Planung einbezogen.

ExpertInnen erstellen dabei – unter sozialen und ökologischen Vorgaben der Stadt Wien – Planungsvarianten.

Der öffentliche Raum steht in erster Linie anderen Nutzungen als dem Autoverkehr zur Verfügung, was auch konsequent kommuniziert und umgesetzt wird. Die Planungsvarianten werden in allen Stadien an die BürgerInnen über verschiedene Medien kommuniziert. Die userfreundliche Kommunikation über das Internet wird ergänzt durch kostenlose, öffentliche Internetstationen direkt am Projektstandort. PassantInnen und AnrainerInnen können sich somit direkt vor Ort genau informieren und interaktiv bevorzugte Planungsschwerpunkte und -varianten voten. So können auch BürgerInnen in den Planungsprozess eingebunden werden, die sonst eher schwerer zu erreichen sind. Öffentliche Flächen werden ausgewiesen, die von der Bevölkerung in Eigeninitiative genutzt und gestaltet werden können.

Partizipation bei Ausbau und Attraktivierung des Umweltverbunds

Im Bereich des öffentlichen Verkehrs wird die Bevölkerung beim Trassenverlauf, bei der Situierung von Stationen sowie bei der Schaffung von Fuß- und Radwegen standardmäßig eingebunden. Dabei wird über im Internet angebotene Planspiele den BürgerInnen die Möglichkeit geboten, z. B. verschiedene Stationsstandorte auszuwählen, wobei sie gleichzeitig über Kosten, Intervalle und die Vernetzung mit anderen öffentlichen Linien informiert werden und schließlich ihre persönlichen Präferenzen dokumentieren können. Echtzeit-Informationen über Störungen oder Liftausfälle von und bei einzelnen Linien sind über das Handy – wie teilweise schon jetzt – jederzeit abrufbar. Echtzeitanzeigen gibt es selbstverständlich im gesamten öffentlichen Verkehrsnetz.

Die Autofahrerlobbys sind in der öffentlichen Diskussion zu Verkehrsthemen nicht mehr dominant, sondern stehen starken Interessensvertretungen von FußgängerInnen, RadfahrerInnen und BenutzerInnen des öffentlichen Verkehrs gegenüber.

Ernährung 2030

Qualitativ gute und gesunde Ernährung, wird auf Grund der weltweiten Preisanstiege im Lebensmittelmarkt auch in Österreich immer schwieriger und auch zu einer finanziellen Herausforderung.

Die Stadt Wien fördert und unterstützt verstärkt die Wiener Landwirtschaft und besonders die biologische Landwirtschaft. Der weltweite Trend zu mehrstöckigen Glashäusern hat auch in Wien Bauten – von Fernwärme beheizt – in denen erhebliche Gemüsemengen produziert werden können, ermöglicht. Die Kultur erfolgt jedoch nicht wie sonst üblich mit Kunstdünger auf synthetischen Substraten, sondern im Sinne der Kreislaufwirtschaft auf Wiener Komposterde. Vorausschauend wurden auch Flächen für die Landwirtschaft in einem AGSTEP festgelegt, die auch bei Bevölkerungswachstum eine nennenswerte Nahrungsmittelproduktion in Wien ermöglichen. Der regionalen Produktion kommt ebenfalls hohe Bedeutung zu, daher sichert Wien auch sinnvolle Flächen in der Region.

Die Nutzung von Kleingärten, Gemeinschaftsgärten, Grünflächen in Siedlungsgebieten, Balkonen und Dachterrassen für den Anbau von Gemüse wird seitens der Stadt Wien unterstützt und gefördert. Auch für Kindergärten und Schulen, wird im Rahmen von Projektarbeiten in angrenzenden Grünflächen Obst und Gemüse angebaut. Den Kindern und Jugendlichen wird somit der hautnahe Umgang mit der Natur und die naturnahe Produktion von gesunden Lebensmitteln vermittelt. Durch all diese Maßnahmen wird zugleich ein größeres Umweltbewusstsein bei der Bevölkerung geschaffen.

Die Stadt Wien unterstützt zusätzlich aktiv den Konsum regionaler Lebensmittel (auch aus dem Wiener Umland), z. B. über regelmäßige Bauernmärkte an vielen Standorten in der Stadt.

Fleisch ist aufgrund des hohen Ressourcenverbrauchs in der Herstellung (hoher Flächen-, Futtermittel- und Wasser-

bedarf) teuer geworden. Die Stadt Wien schafft bereits seit eineinhalb Jahrzehnten in allen ihren Bildungseinrichtungen ein Bewusstsein für eine vegetarische Ernährung und bietet in allen ihren Einrichtungen verstärkt vegetarische Gerichte aus biologischem Anbau an. Fleisch wird aus tiergerechter Haltung bezogen. Die Entwicklung von schmackhaften Fleischerersatzprodukten (z. B. aus in Österreich angebautem Soja) wird stark gefördert und es hat sich – ähnlich wie der heutige Trend zu biologischen Lebensmitteln – ein breiter Trend zum Konsum gesunder und kostengünstiger Fleischerersatzprodukte entwickelt. Das kommt auch der Gesundheit der BürgerInnen zugute.

(Umwelt)Bildung 2030

Bildung als Beitrag zur Mündigkeit

Möglichkeiten zur Partizipation werden im Rahmen aller Formen von Bildung aktiv kommuniziert. BürgerInnen sollen an öffentlichen Entscheidungsprozessen mitwirken und das räumliche und gesellschaftliche Umfeld mitgestalten. Entscheidungsspielräume der Bevölkerung und Spielregeln werden erklärt und in der jeweiligen Bildungsinstitution ebenfalls gelebt und somit eingeübt. Die Fähigkeit der Kommunikation und der kritische Umgang mit Medien wird geschult.

Bildung als Beitrag zur Lebenszufriedenheit

Globale Probleme und ihr Zusammenhang mit aktuellen Lebensstilen (im Spannungsfeld zwischen äußeren Zwängen und persönlichen Wertvorstellungen), werden einem breiten, gesellschaftlichen Diskurs unterzogen, der auch schon in Schulen und Kindergärten geführt wird. Forschungsergebnisse aus der Glücksforschung werden im Unterricht angewendet. Es wird genügend Raum gegeben über die Prämissen für die eigene Lebenszufriedenheit, auch unter sich ändernden Umwelt- und Wirtschaftsbedingungen, zu diskutieren.

Bildung als Beitrag zu Umweltbewusstsein

Umweltethik und Ökopsychologie werden ebenfalls Teil der Ausbildung in Kindergarten, Schule und für umweltrelevante Berufe (Landschaftsplanung, Architektur, Kulturtechnik, (Land)wirtschaft etc.). Es werden Ausflüge in die Natur mit ausgebildeten ÖkopsychologInnen unternommen, die Kindern und Auszubildenden auf Basis naturwissenschaftlicher Fakten und dennoch spielerisch unsere Verbundenheit mit der Natur bewusst machen. Alle Kinder nehmen in der Schule an Workshops über Waldpädagogik und ressourcenarme Lebensstile teil.

Die Ökopsychologie befasst sich mit den Einflüssen der Umwelt auf Körper und Psyche des Menschen und der Beeinflussung der Umwelt durch den Menschen. Das Fehlen von Naturerfahrungen kann zu psychischen Störungen führen. Ökopsychologie versucht, die enge Beziehung zwischen Mensch und Umwelt bewusst zu machen. Ein Beispiel für unsere enge Verbindung mit allem was lebt, ist die Atmung, durch die wir in einem ständigen stofflichen Austausch mit den Pflanzen um uns stehen. Sie erzeugen den Sauerstoff, den wir einatmen und produzieren aus dem Kohlendioxid, das wir ausatmen, Pflanzenmasse bzw. pflanzliche Nahrung. Die Ökopsychologie sieht zudem den beschädigten und gefährdeten Zustand unseres Planeten als Zeichen und Resultat eines gestörten seelischen Zustands der Menschen.

Bildung als Beitrag zu sozialer Kompetenz

Die Anzahl an betreuenden PsychologInnen im Bildungsbereich wurde aufgestockt. Diese dienen auch den PädagogInnen selbst zur Supervision und für ein aktives Empowerment. Sie verhelfen als Wegbegleiter dem pädagogischen Personal zu einer Angstreduktion in kritischen, bzw. Risikosituationen und ermöglichen somit, Krisensituationen im pädagogischen Alltag besser zu bewältigen.

Projekte zu „sozialem Lernen“ werden regelmäßig in Kindergarten, Schulen und Freizeiteinrichtungen für Jugendliche durchgeführt. Dadurch werden Alternativen zur Konfliktlösung auf Gewaltbasis aufgezeigt und zum Aufbau von Kooperation und der Entwicklung von konstruktiven Lösungen für Konflikte beigetragen. Hierbei gibt es vor allem aktive Schwerpunktsetzungen in Brennpunktregionen, z. B. Schulen in Stadtvierteln mit schlechteren Umwelt- und sozialen Bedingungen.

Wiens Forschungsförderung konzentriert sich vermehrt auf Innovationen im Bereich nachhaltiger Technologien (Energieeffizienz, erneuerbare Energien etc.), auf soziokulturelle Forschung zur Implementierung nachhaltiger Lebensstile und die Entwicklung neuer Wirtschaftsmodelle, welche ihren Erfolg mit neuen Indikatoren zur allgemeinen Lebenszufriedenheit (statt dem BIP) messen, ethische Aspekte im globalen Handel berücksichtigen und sich stärker an ökologischen Regelkreisen orientieren und damit Auswege aus dem Wachstumszwang aufzeigen.



Impressum:

Medieninhaberin und Herausgeberin:
Wiener Umwelthanwaltschaft,
Muthgasse 62, 1190 Wien
Tel.: 01/37979/0
E-Mail: post@wua.wien.gv.at
web: www.wua-wien.at
Redaktion: Romana Uhyrek
Gestaltung: DYNAMOWIEN
Cover: iStockphoto.com
Druck: Gugler cross media,
3390 Melk, gedruckt auf ökologischem Druckpapier aus der Mustermappe von „ÖkoKauf Wien“ und nach der Richtlinie „Schadstoffarme Druckerzeugnisse“ des Österreichischen Umweltzeichens, UWZ 609.



S 1 Wiener Außenring Schnellstraße Abschnitt Schwechat bis Süßenbrunn

In der Zeit von 13. Oktober bis 1. Dezember 2011 wurden die Projektunterlagen und die Umweltverträglichkeitserklärung zum Straßenprojekt „S 1 Wiener Außenring Schnellstraße, Abschnitt Schwechat – Süßenbrunn“ öffentlich aufgelegt. Der neu herzustellende Abschnitt beginnt beim Knoten Schwechat und führt als Tunnel unter der Donau und dem Nationalpark „Donau-Auen“ in Richtung Norden. Im Bereich der Umfahrung Großenzersdorf taucht die Trasse langsam aus der Tieflage auf, geht schließlich in eine freie Streckenführung über und verläuft östlich der Schotterteiche Großenzersdorf. Nördlich von Raasdorf schwenkt die Trasse in westliche Richtung ein. Im Knoten Süßenbrunn erfolgt die Verknüpfung mit der S 2 Wiener Nordrand Schnellstraße. Die Gesamtlänge der Trasse beträgt 18,86 km.

Vollständigkeitsprüfung erfolgte ohne WUA

Das Umweltverträglichkeitsprüfungsverfahren wurde bereits im März 2009 von der ASFINAG beantragt. Leider hat es das Verkehrsministerium verabsäumt, die Wiener Umweltschutzbehörde bereits ab 2009 in die Vollständigkeitsprüfung der Projektunterlagen einzubinden, wie dies im Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz vorgesehen ist. Durch diese rechtswidrige Vorgangsweise ist das gesamte Umweltverträglichkeitsprüfungsverfahren mit einem schweren Verfahrensman gel bedroht, der zur Aufhebung der gesamten Umweltverträglichkeitsprüfung führen kann. Mangels Berufungsmöglichkeit ist dieser schwere Mangel in zweiter Instanz auch nicht heilbar.

Berücksichtigung kumulativer Wirkungen

Kumulative Wirkungen können dann auftreten, wenn die Auswirkungen des UVP-Vorhabens mit jenen eines oder

mehrerer anderer Vorhaben zu einem Zusammenwirken negativer Auswirkungen auf die Umwelt führen. Als „andere Vorhaben“ gelten dabei beispielsweise Vorhaben, für die bei der Behörde ein Genehmigungsantrag gestellt wurde, da mit der Einbringung des Antrages ein ausreichender Realisierungswille dokumentiert wird. Die Umweltverträglichkeitsprüfung zur S 8 West – Marchfelds Schnellstraße wurde im Juli 2011 eingebracht. Damit handelt es sich bei der S 8 Marchfelds Schnellstraße West eindeutig um ein Projekt, das mit der S 1 Süßenbrunn – Schwechat zu kumulieren ist.

Lokales Straßennetz bei Teilverkehrsfreigabe nicht entlastet

Im Gegensatz zu einer innen liegenden Trassenvariante mit direkter Anbindung an das Stadtentwicklungsgebiet Flugfeld Aspern erfüllt die projektierte außen liegende Variante nicht eines der Hauptziele der S 1 – jenes einer verkehrlichen Entlastung der alten Ortskerne. Vielmehr ist vor allem bei einer Teilverkehrsfreigabe der S 1 von Süßenbrunn bis Großenzersdorf und der Einbindung der S 8 – Marchfelds Schnellstraße mit einer zusätzlichen verkehrlichen Belastung dieser Ortskerne zu rechnen. Die ab 2016 geplante Teilverkehrsfreigabe bleibt jedoch zumindest bis 2025 ein Provisorium.

Die Wiener Umweltschutzbehörde hat in ihrer Stellungnahme auf folgende weitere Schwerpunkte hingewiesen:

1. In der gesamten Umweltverträglichkeitserklärung bleiben die Auswirkungen der S 8 unberücksichtigt, obwohl die UVP zur S 8 bereits im Juli 2011 eingereicht wurde und die Verkehrsfreigabe genauso wie bei der S 1 im Jahr 2016 erfolgen soll.
2. Auf Grund der fehlenden Einbindung der S 8 sind sämtliche Grundlagendaten für die Lärm- und Luftberechnungen mangelhaft und ergänzungsbedürftig.
3. Die in den Projektunterlagen zu Grunde gelegten Planungen sind zum Teil veraltet (vgl. Anbindung A 23, Kosten-

Nutzen-Berechnung aus 2003) und müssen angepasst werden.

4. Die geplante Teilverkehrsfreigabe von Süßenbrunn bis Großenzersdorf schafft ab 2016 eine völlige neue Verkehrssituation, die zumindest 10 Jahre anhält (geplante Fertigstellung des Lobautunnels 2025). Diese Auswirkungen der Teilverkehrsfreigabe bleiben in der Umweltverträglichkeitserklärung völlig unberücksichtigt.
5. Der Abtransport der Aushubmassen ausschließlich per LKW widerspricht dem Immissionsminimierungsgebot des § 17 Abs 2 Z 2 UVP-G. Eine Genehmigungsfähigkeit des ausschließlichen Transportes per LKW bei ausreichenden Alternativen (Bahn, Schiff) ist unserer Ansicht nach nicht gegeben.
6. Es fehlt eine Darstellung der Unsicherheiten, der möglichen Schwierigkeiten und Gefährdungen, die sich in der Bauphase in Hinblick auf den Umwelt- und Gewässerschutz sowie auf den Arbeitnehmerschutz ergeben können.
7. Die zahlreichen Mängel und fehlenden Erhebungen, wie vor allem das Fehlen der Auswirkungen der S 8 und der Teilverkehrsfreigabe, machen jedenfalls eine Verbesserung und Ergänzung der Projektunterlagen notwendig. In Anbetracht der fehlenden Einbindung der Umweltschutzbehörden bei der Vollständigkeitsprüfung sollten die verbesserten Projektunterlagen öffentlich aufgelegt und eine neuerliche Stellungnahmemöglichkeit eingeräumt werden.

Das Verkehrsministerium hat nun die zahlreichen Stellungnahmen zu sichten und zu beurteilen. Laut Zeitplan des Ministeriums soll bis Sommer das Umweltverträglichkeitsgutachten ausgearbeitet und veröffentlicht werden. Im September 2012 ist die mündliche Verhandlung geplant. Die Bescheiderlassung soll im Februar 2013 erfolgen. Auf Grund der vielen offenen Fragen scheint die Einhaltung des Zeitplanes aus Sicht der Wiener Umweltschutzbehörde mehr als fraglich. 